



*Alte Chef des Top artemunt
22/23 XII*

WIEN III, 20. Dezember 1955.

Prinz Eugen-Strasse 7
Telephon Nr. U 13500

SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
IN ÖSTERREICH

Aktenzeichen Unser
Ihr

an	ZE	KA			
dat m	23.12	27. XII			28.12
Via	2	KA			KA
EPD					

P. 26.

Aussenpolitische Debatte.
Aufnahme Oesterreichs in die

UNO. *P.A. 21.31. Wien* POLITISCHER BRIEF

*p. B. 57. 21. 7.
p. B. 18. 2 Aufträge*

Herr Minister,

In der vergangenen Woche fand im Rahmen der gestern abgeschlossenen Budget-Debatte des Nationalrates über den Staatshaushalt 1956 eine grössere aussenpolitische Aussprache statt. Die Debatte wurde vom Spezialberichterstatter, einem Abgeordneten der Volkspartei, mit dem Hinweis eingeleitet, dass das Budget des auswärtigen Dienstes mit 109,3 Millionen Schilling nur 0,41% des Gesamtbudgets darstelle und somit wesentlich niedriger sei als dasjenige der meisten anderen Staaten. Das Aussenamt, dessen Apparat im Jahre 1956 60 diplomatische und konsularische Vertretungen und gegen 90 Honorarkonsularagenturen umfassen werde, erfülle somit seine vielseitigen und schwierigen Aufgaben mit einem Minimum an Budgetmitteln.

Im Mittelpunkt der sich daran anschliessenden Diskussionen stand erwartungsgemäss das Thema der Neutralität, wobei aber nichts wesentlich Neues gesagt worden ist. Der Vertreter der Wahlpartei der Unabhängigen (WdU) erwähnte, dass man den Mut haben müsse, klar und deutlich auszusprechen, was die österreichische Neutralität eigentlich bedeute und was sie beinhalte. Sie sei nämlich nicht aus österreichischer Tradition von selbst entstanden, sie sei auch kein

An den Chef
der Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Eidg. Politischen Departementes

B e r n

./.

Es wird gebeten, Anfragen das Rückporto beizufügen und unsere Aktenzeichen zu wiederholen



aus dem Volke heraus geborenes Anliegen, sondern sie bilde den Kaufpreis für den Staatsvertrag. Die Fraktion der WdU sei dafür, diese Neutralität einzuhalten und vertragstreu zu bleiben. Immerhin dürfe die Neutralität unter keinen Umständen zu einer Isolierung Oesterreichs führen; die einzige Auffassung von der Neutralität, welcher die WdU zustimmen könne, sei eine solche, die sich auf die militärische Bündnislosigkeit beschränke.

Aehnliche Töne der WdU vernahm man bereits anlässlich der ersten Parlamentssitzung im freien Oesterreich am 26. Oktober 1955, bei welcher Gelegenheit Abgeordneter Stendebach - wie ich in meinem politischen Brief vom 2. November ausführte - ebenfalls geltend machte, die Neutralitätserklärung sei der Preis für den Staatsvertrag. Auch in der Sitzung des Bundesrates vom 28. Oktober äusserte sich der Vertreter der WdU im gleichen Sinne, was ihm eine energische Zwischenbemerkung von Aussenminister Dr. Figl einbrachte.

Der nächste Redner, der Abgeordnete Stürgkh von der Volkspartei, führte aus, es sei ganz besonders zu begrüssen, dass die vier Signatarmächte des Staatsvertrages nunmehr die österreichische Neutralität anerkannt hätten. Die Aufgabe der österreichischen Aussenpolitik in der Zukunft werde darin bestehen müssen, das "Haben" im Westen zu pflegen, zu erhalten und zu stärken, und das "Soll" nach dem Osten zu erfüllen. Die Volkspartei sei froh darüber, dass der Staatsvertrag und der anerkannte neutrale Status Oesterreich aus dem west-östlichen Spannungsfeld herauszuheben geeignet sei. Dieser Umstand werde

den historischen, völkerverbindenden europäischen Aufgaben Oesterreichs zugute kommen.

Der Standpunkt der Sozialisten wurde von dem Abgeordneten Strasser kurz und bündig wie folgt umrissen: Die Neutralitätspolitik binde die österreichische Regierung, nicht aber den einzelnen Staatsbürger, weil sie eben diesen nicht zu einem geistigen Neutrum machen könne.

Wie zu erwarten war, stellten die Kommunisten den Abschluss des Staatsvertrages als den folgerichtigen Abschluss einer von ihnen angeblich immer befürworteten Entwicklung dar. Die Kommunisten hätten immer der Abkehr vom "kalten Krieg", der Verständigung mit der Sowjetunion und einer Politik der Neutralität das Wort geredet. Nun habe sich diese Politik durchgesetzt, was von der kommunistischen Partei begrüsst werde.

Es ist allgemein aufgefallen, dass Aussenminister Figl, der erst gegen das Ende der Debatte auf der Regierungsbank Platz nahm, in die Diskussionen nicht eingegriffen und auch am Schluss keine Erklärung abgegeben hat.

Die unerwartete Aufnahme Oesterreichs in die Vereinigten Nationen, an die hier nach dem sowjetischen Veto nicht mehr geglaubt wurde, hat auf österreichischer Seite eine grosse Befriedigung hervorgerufen. So sehr in Oesterreich seinerzeit die Wiedererlangung der Freiheit und Selbständigkeit Freude und Stolz ausgelöst hatte, so allgemein erscholl bald nachher der Ruf nach Aufnahme des Landes

in die UNO. Für Oesterreich, das früher so lange Jahrhunderte die Stellung einer Grossmacht innegehabt hatte und später sich mit der Rückendeckung Deutschlands gesichert glaubte, war es, wie immer deutlicher den Aeusserungen der Presse aller Schattierungen - mit Ausnahme der kommunistischen - zu entnehmen war, ein unerträglicher Gedanke, plötzlich als frischgebackener neutraler Staat allein auf weiter Flur zu stehen. Wohl war das Beispiel der Schweiz da: Man wies aber daraufhin, dass dieses Beispiel für Oesterreich, das weder eine traditionelle noch eine bewaffnete Neutralität besitze und zudem ungleich schwierigere Grenzverhältnisse aufweise, nur bedingt massgebend sein könne.

Sogleich nach Bekanntwerden des Beschlusses des Sicherheitsrates der Vereinigten Nationen gab denn auch Bundeskanzler Raab eine Erklärung ab, in der er u.a. ausführte, mit der Aufnahme in die UNO werde ein von der österreichischen Bevölkerung mit besonderer Freude begrüßter staatspolitischer Akt vollzogen, der für Oesterreich von eminenter Bedeutung sei. Die Nachricht von der Aufnahme in die UNO stellte er im Hinblick auf deren Bedeutung für Oesterreich gleich hinter die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages. Auch Vizekanzler Dr. Schärf, Aussenminister Dr. Figl und Staatssekretär Dr. Kreisky äusserten sich in ähnlichem Sinne. Es wird dabei immer unterstrichen, dass es für ein Land, das sich zu einer militärischen Neutralität bekannt habe, von besonderer Wichtigkeit sei, der UNO anzugehören,

da diese Mitgliedschaft gleichsam eine Sicherung und Unterstreichung der Aussenpolitik dieses Landes darstelle.

Die Frage der Errichtung einer ständigen österreichischen Delegation am Sitze der UNO in New York soll dem Vernehmen nach an einem der nächsten Ministerräte geregelt werden. Bis dahin war Oesterreich durch einen Beobachter, den Gesandten Waldheim, vertreten, der wahrscheinlich durch den bisherigen Leiter der Abteilung für Internationale Organisationen des Bundeskanzleramtes, Auswärtige Angelegenheiten, Gesandten Matsch, abgelöst werden wird.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE
IN OESTERREICH:

